

Niederschrift
der 04. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 17.06.2026
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:02 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Kollegiensaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Herr Achim Stuhr

Mitglieder

Frau Maria Quintana Schmidt bis 18:00 Uhr
Herr Andreas Redlich
Herr Oliver Schön
Herr Marco Schröder

Vertreter

Herr Conrad Busse bis 17:36 Uhr
Frau Sandra Graf Vertretung für Herrn Thomas Rockmann
Frau Christiane Müller Vertretung für Herrn Christian Jungnickel
Frau Carina Wadewitz
Frau Simone Zaepernick-Risch Vertretung für Frau Ann Christin von Allwörden

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Olga Fot
Frau Anett Putbrese
Herr Heino Tanschus

Gäste

Herr Andreas-Hubertus Bendler
Herr Herbert Sett

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2026
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** zum Ostseeküstenradweg
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Vorlage: AN 0031/2025
 - 4.2** Sachstand Quartier 17

Änderungsantrag zu TOP 9.4 Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung im Bereich Quartier 17
Einreicher: Prof. Dr. med. Ronald Zabel
Vorlage: AN 0025/2026
 - 4.3** Winterdienst in der Hansestadt Stralsund
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 10 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Herrn Stuhr, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Zu Beginn verpflichtet Herr Stuhr Frau Christiane Müller, ihre Aufgaben im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung der Bürgerschaft der Hansestadt pflichtgemäß zu erfüllen (§ 28 Abs. 2 KV MV).

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2026

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2026 wird ohne Änderungen / Ergänzungen mehrheitlich bestätigt.

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 zum Ostseeküstenradweg Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit Vorlage: AN 0031/2025

Zu Beginn geht Herr Stuhr auf den zugrundeliegenden Antrag ein.

Die von Herrn Bogusch gezeigte Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Bogusch informiert, dass beim Bau des Ostseeküstenradweges verschiedene Bankstandorte eingeplant und auch errichtet wurden. Auch der Spielplatz „Am Küstenradweg“ im Bereich des Straßenbauamtes wurde im Zusammenhang mit dem Radweg neu errichtet. In Bezug auf die Grillplätze wurde die Priorität eher im nördlichen Stadtgebiet gesehen, da im südlichen Bereich Einfamilienhäuser die Struktur dominieren.

Die Prüfung hat ergeben, dass es schwierig ist, neue Standorte zu schaffen, Ziel ist es aber, bestehende Standorte zu erweitern bzw. zu ertüchtigen.

So ist vorgesehen, den Spielplatz am Straßenbauamt um einen Grillplatz zu ergänzen. Es soll ein feuerfester Aufstellplatz für den Grill geschaffen werden. Außerdem soll der Platz

ertüchtigt werden und eine feste Feuerstelle errichtet werden, um die Nutzung von Einweggrills und die damit verbundenen Gefahren zu minimieren.

Weiter südlich liegt der B-Plan 71, welcher sich gerade in Aufstellung befindet. In dem B-Plan ist auch der Bau eines Spielplatzes vorgesehen. Dieser könnte auch mit Aufenthaltsfunktionen für Fahrradfahrer ausgestattet werden. Die Einrichtung eines Grillplatzes ist aufgrund der Nähe zum Leuchtfeuer nicht möglich.

Der 3. Standort befindet sich in Richtung Devin bis B-Plan 5. Hier ist ebenfalls ein Spielplatz vorhanden, der um eine Schutzhütte erweitert werden soll. Ein Grillplatz ist hier ebenfalls nicht möglich.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können umgesetzt werden, sobald der Haushalt genehmigt ist.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Beratungsergebnis informiert.

Herr Stuhr schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Sachstand Quartier 17

Zu Beginn geht Herr Tanschus auf den von der Bürgerschaft gefassten Beschluss ein.

In Bezug auf den ersten Punkt in dem Beschluss (Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer und Zugangssicherung) erklärt der Leiter des Ordnungsamtes, dass es im April eine Videokonferenz mit dem Beauftragten des Eigentümers gab. Es wurde deutlich gemacht, dass eine Verbesserung der Situation nur eintreten kann, wenn alle Beteiligten zusammenarbeiten. Von Seiten der Verwaltung wurde klar kommuniziert, welche Maßnahmen der Eigentümer umsetzen sollte.

Darunter sind, das Anbringen einer Hausordnung, die Überprüfung der Schließanlagen und der Zugänge, das zeitnahe Entfernen von Graffiti, die Prüfung einer begrenzten Videoüberwachung, Verschluss des Gebäudes nach 20:00 Uhr.

Einige der Punkte, wie das Anbringen einer Hausordnung oder der Verschluss des Gebäudes nach 20:00 Uhr, wurden bereits umgesetzt. Dazu gibt es auch positives Feedback von den Gewerbetreibenden.

Der Eigentümer hat gegenüber der Verwaltung versichert, dass dieser ein langfristiges Interesse am Gebäude hat.

Der Austausch mit der Händlerschaft (Punkt 2 des Beschlusses) erfolgt bereits seit 2025. Diese beklagt den Aufenthalt obdachloser Personen, die Alkohol konsumieren und teils durch störendes Verhalten auffallen. Gerade in den Wintermonaten hielten sich teils größere Jugendgruppen mit jugendtypischem Verhalten im Gebäude auf. Thema war auch die Verunreinigung und Verunsicherung im Gebäude sowie im Umfeld. In den Winterferien hat sowohl die Polizei ihre Präsenz verstärkt als auch die Streetworker.

Aktuell geben die Gewerbetreibenden die Rückmeldung, dass sich die Situation entspannt hat.

Die Verwaltung verfolgt weiterhin zwei Ansätze: verstärkte Präsenz des KOD und der Polizei und die Unterbreitung von Angeboten für Jugendliche im Stadtgebiet. Im dem Zusammenhang äußert Herr Tanschus seine Dankbarkeit für die Wiedereröffnung des Jugendclubs Havanna im Juli und die Erbauung des Skater- und Begegnungsparks auf der Schützenbastion. Die Stadtteilarbeit für den Stadtteil Tribseer soll neben den neuen Räumlichkeiten auch noch einen Container als Aufenthaltsort für die Jugendlichen erhalten.

Zum dritten Punkt des Beschlusses führt Herr Tanschus aus, dass die Zusammenarbeit zwischen Polizei und KOD lageorientiert erfolgt und dazu entsprechende Absprachen erfolgen.

Seit Ende Februar 2026 wurden zusätzlich zu den regulären Kontrollen durch den KOD 31 weitere im Gebäude und im direktem Umfeld durchgeführt. Bis auf eine Ausnahme gab es seit Anfang Mai 2026 keine gravierenden Feststellungen mehr.

Ziel der Verwaltung ist nicht die Verdrängung einzelner Personengruppen aus dem öffentlichen Raum, sondern die Reduzierung von Nutzungskonflikten.

Der vierte Punkt des Beschlusses (rechtliche Prüfung einer ordnungsrechtlichen Regelung) kann nur über eine Gefahrenabwehrverordnung geregelt werden, für deren Erlass es allerdings sehr hohe Hürden gibt.

Es wird noch Rücksprache mit der Stadt Karlsruhe gehalten, da diese eine solche Verordnung für einen kleinen Straßenabschnitt erfolgreich erlassen hat.

Herr Tanschus fasst zusammen, dass viele Punkte des Beschlusses bereits umgesetzt wurden, die Verwaltung die Problematik aber weiterhin im Blick behält, da eine dauerhafte Stabilisierung erreicht werden soll.

Die Herbstferien sollen zum Anlass genommen werden, die Situation noch einmal zu überprüfen. Auch der Vertreter des Eigentümers soll erneut kontaktiert werden, um die Umsetzung der abgesprochenen Maßnahmen einzufordern.

Im Sommer sollen die Bewohnerinnen und Bewohner und die Gewerbetreibenden des Quartiers informiert und Eindrücke gesammelt werden.

Frau Zaepernick-Risch teilt mit, dass auf dem Weg vom Parkhaus zu den Aufzügen kein Bewegungsmelder mehr aktiv ist, sondern ein Schalter gedrückt werden muss, um das Licht anzuschalten. Frau Zaepernick-Risch bittet darum, dies dem Vermieter gegenüber anzusprechen, um den Ursprungszustand wiederherzustellen.

Herr Tanschus führt aus, dass es kein Wachpersonal mehr in der Tiefgarage gibt, weshalb mit dem Vermieter über die Videoüberwachung in den Flurbereichen gesprochen wurde.

Auf die Nachfrage von Frau Graf erklärt Herr Tanschus, dass Videoüberwachung im öffentlichen Raum rechtlich schwer umgesetzt werden kann, für den Vermieter sind die Hürden deutlich niedriger. Der Vermieter hat sich dazu aber noch nicht geäußert.

Weiter erklärt der Leiter des Amtes 30, dass regelmäßig Gespräche mit den Gewerbetreibenden geführt und diese auch wiederkehrend vom KOD aufgesucht wurden. Ein Gespräch mit den Bewohnenden ist für den Sommer geplant.

Frau Graf hält es für wichtig zu erfahren, wie es um das Sicherheitsgefühl der Anwohnenden bestellt ist.

Herr Tanschus bietet an, in einer der nächsten Sitzungen erneut über die Thematik zu berichten.

Da es keine weiteren Fragen gibt schließt Herr Stuhr den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Winterdienst in der Hansestadt Stralsund

Herr Bogusch erklärt, dass das Straßennetz der Hansestadt Stralsund in Bezug auf den Winterdienst in Priorität A und Priorität B eingeteilt ist. Er betont auch, dass es eine Vielzahl von Straßen gibt, auf deren Fahrbahn kein Winterdienst durchgeführt wird.

Die Straßen werden im Zwei-Schicht-System geräumt, wobei die erste Schicht drei Uhr morgens beginnt.

Grundlage für die Durchführung des Winterdienstes ist das Straßen- und Wegegesetz Mecklenburg-Vorpommern. Die Kommune ist im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zur Durchführung von Winterdienst verpflichtet. Gerichtlich festgestellt wurde, dass Winterdienst an solchen Straßen durchzuführen ist, die verkehrsbedeutend und gefährlich sind. Verkehrsbedeutend sind meist die Straßen, welche das Hauptverkehrsstraßennetz bilden und gefährlich ist eine Straße dann, wenn das Bremsen notwendig ist, z. B. in einem Kreuzungsbereich, wenn aufgrund von Kurven häufig und stark gebremst werden muss oder wenn ein starkes Gefälle vorliegt.

Herr Bogusch betont, dass der von der Hansestadt geleistete Winterdienst weit über das vom Gesetz geforderte hinausgeht.

Herr Bogusch verweist auf die Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Stralsund, in deren Anlage alle Straßen aufgeführt sind, in denen Winterdienst durchgeführt wird. Geprüft wird derzeit, ob einige Straßen ergänzt bzw. entfernt werden können.

Herr Bogusch weist darauf hin, dass es keine Ausweitung des Winterdienstes geben wird. Bereits jetzt werden Teile des Winterdienstes von externen Firmen erbracht.

Weiter wird geschaut, ob es Bereiche gibt, die unverhältnismäßig weit vom Hauptstraßenverkehrsnetz entfernt liegen und eventuell ergänzend aufgenommen werden müssen. Herr Bogusch betont, dass es sich bei allem um Einzelmaßnahmen handelt und es nicht Ziel der Verwaltung ist, das Verzeichnis grundlegend anzupassen.

Weiter erklärt Herr Bogusch, dass die Kosten für den Winterdienst in Teilen (75 %) auf die Anlieger umgelegt werden. Die übrigen Kosten trägt die Stadt, sollte der Winterdienst also ausgeweitet werden, würde dies zu Mehrkosten führen.

In Bezug auf die Salzbevorratung führt Herr Bogusch aus, dass die Streustoffhalle auf dem Bauhof ertüchtigt werden soll und geprüft wird, ob in der Nähe des städtischen Zentralfriedhofs auch noch ein Salz-Silo errichtet werden kann. Es ist nicht möglich, Streusalzvorräte für mehrere Wochen anzulegen, aber mehrere Tage könnten so abgedeckt werden.

Wenn es zu Wetterverhältnissen kommt, bei denen nur wenige Straßen geräumt werden können, werden die Straßen präferiert, die durch den VVR genutzt werden und an denen Alten- und Pflegeheime sowie Krankenhäuser liegen. Dieser Plan wird momentan ebenfalls überarbeitet und um technische Anlagen, die für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur notwendig sind, ergänzt.

Am Beispiel der Ossenreyerstraße erfragt Herr Stuhr, welcher Bereich der Straße öffentlich ist und welcher Teil durch die Anwohner / Gewerbetreibenden geräumt werden muss. Außerdem erfragt er, welche Maßnahmen ergriffen werden können, wenn der Räumspflicht nicht nachgekommen wird.

Frau Müller kritisiert, dass die Gehwege vor städtischen Gebäuden auch nicht immer gut geräumt waren.

Herr Bogusch bestätigt, dass die Räumpflicht auf den Gehwegen auf die Anlieger übertragen ist. Er bestätigt auch, dass die Stadt selbst ebenfalls Anlieger ist, nicht nur mit Gebäuden, sondern auch mit Parkanlagen und den Teichen. Zum Teil wird der Winterdienst hier durch externe Dienstleister ausgeführt.

Auch bei der Allarmierung der Hausmeister soll zum nächsten Winter nachgebessert werden.

Weiter führt Herr Bogusch aus, dass ein Mitarbeiter die Erfüllung der Anliegerpflichten durch die Anlieger kontrolliert. Hier wird eher auf Ansprache als auf Bußgelder gesetzt. Eine Ersatzvornahme ist möglich, aber das letzte Mittel. Herr Tanschus ergänzt, dass diese Planstelle in der Zwischenzeit dem KOD zugeordnet wurde und jetzt alle Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes die Kontrollfunktion übernehmen. Auch die Anlieger sollen im Herbst und zu Beginn des Winters über entsprechende Pressemitteilungen noch einmal auf ihre Pflichten hingewiesen werden.

Herr Stuhr regt an, mehr mit Bußgeldern zu arbeiten bzw. die Sanktionen, die in der Satzung geregelt sind, zu nutzen.

Dazu erklärt Herr Tanschus, dass viele auf Ansprache reagieren und ihren Pflichten nachkommen. Im Härtefall wird aber auch ein Bußgeld verhängt und die Ersatzvornahme angeordnet.

Auf die Nachfrage von Herrn Schröder erklärt Herr Bogusch, dass die Hansestadt aktuell 144 Tonnen Streusalz lagern kann. Mit dem Bau eines zusätzlichen Silos und der Ertüchtigung der Streusalzhalle erhöht sich die Menge entsprechend.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt schließt Herr Stuhr den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf besteht entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Herr Stuhr schließt die Sitzung.

gez. Achim Stuhr
stellv. Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung